

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 2020

Inhaltsübersicht

[Der Virus infiziert die Weltwirtschaft](#) **1**

[Nationaler Egoismus statt internationaler Solidarität](#) **3**

[Deutschland im Shutdown](#) **4**

[Arbeitsmarkt im Krisenmodus](#) **6**

[Öffentliche Haushalte: Rettungsprogramme und Einnahmeausfälle](#) **7**

[Krise solidarisch überwinden](#) **11**

Der Virus infiziert die Weltwirtschaft

Die Corona-Pandemie stürzt die Weltwirtschaft in eine Rezession. Rund um den Globus schrumpft die Wirtschaftsleistung. Der Virus und die notwendigen gesundheitspolitischen Gegenmaßnahmen der Nationalstaaten dämpfen Produktion und Nachfrage.

Die Krise frisst sich durch die Wertschöpfungs- und Lieferketten der gesamten Volkswirtschaften. Wichtige Vorprodukte können nicht geliefert werden, Verkehrswege sind blockiert und Aufträge brechen weg. Der Welthandel könnte 2020 um 6,5 Prozent schrumpfen (IMK-Prognose). Weltweit schicken die Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ins Home-Office, schließen Produktionsstätten, verkürzen die Arbeitszeit und streichen ihre geplanten Investitionen. In vielen Dienstleistungsbranchen steht die Arbeit still.

Gleichzeitig erschütterte ein Börsencrash die internationalen Kapitalmärkte. Als sich die ersten wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzeichneten, verkauften institutionelle Investoren ihre Wertpapiere. Anschließend rannten auch alle anderen Anleger Richtung Ausgang. Der US-amerikanische S&P 500 rutschte um rund 30 Prozent und der Dax 30 um 40 Prozent in den Keller. Die Risikoprämien für Unternehmen und hoch verschuldete Staaten

stiegen an. Dadurch wird es für Kapitalgesellschaften

» **Börsen und Erdöl-Preise brechen ein.**

und Staaten schwieriger, an frisches Geld zu kommen. Nach dem ersten Absturz gab es eine gewisse Stabilisierung, ob diese dauerhaft ist oder es noch weiter bergab geht wird sich noch zeigen.

Erschwerend hinzu kommt ein Preissturz auf den Rohstoffmärkten. Da sich Russland und Saudi-Arabien nicht auf eine Begrenzung der Öl-Fördermengen einigen konnten, sank der Rohölpreis auf unter 30 US-Dollar je Barrel. Dadurch entgehen den ölfördernden Ländern wichtige Einnahmen und ihre Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen der führenden Industrieländer sinkt.

Corona, Börsencrash und purzelnde Rohstoffpreise sind eine massive Belastung für die Weltwirtschaft. Nur eine entschlossene Krisenpolitik der Zentralbanken und Regierungen konnte den Totalabsturz verhindern. Das IMK rechnet für 2020 mit einem Rückgang des weltweiten BIP um 1,3 Prozent. Wenn sich die Pandemie im Jahresverlauf abschwächt, könnte es aufgrund von Aufhol-effekten und wirtschaftspolitischen Stützungsmaßnahmen in der zweiten Jahreshälfte wieder zu einer wirtschaftlichen Erholung kommen.

In den USA hat Corona den längsten Aufschwung der US-Geschichte beendet. Das IMK

prognostiziert für die US-Wirtschaft optimistisch einen Rückgang von drei Prozent. Das weitgehend privatisierte US-amerikanische Gesundheitswesen und das löchrige soziale Netz sind mit der Pandemie überfordert. Die Zahl der Infizierten steigt exponentiell an. Mit einem zwei Billionen US-Dollar schweren Hilfsprogramm – zehn Prozent des BIP – versucht die Trump-Regierung, die Tiefe und Dauer der Rezession zu begrenzen. Die US-Zentralbank FED hat die Zinsen bereits stark gesenkt. Trotz dieser Maßnahmen stieg die Zahl der Arbeitslosen in den USA alleine im März um mindestens zehn Millionen Menschen.

In Europa würgt Corona ebenfalls den ohnehin stotternden Wachstumsmotor ab. In der EU droht laut IMK das Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr um vier Prozent zu sinken. Das Wachstum der Eurozone könnte 2020 um 4,4 Prozent schrumpfen. Europaweit am stärksten betroffen sind Italien, Spanien und Großbritannien. In diesen Ländern wurde das Gesundheitswesen in den letzten Jahren kaputtgespart.

China scheint hingegen das Schlimmste bereits überstanden zu haben. Dort verbreitete sich Corona im Winter 2019/2020. Im Februar 2020 brach die chinesische Stahl- und Automobilproduktion ein. Die rigiden gesundheitspolitischen Eindämmungsmaßnahmen konnten jedoch verhindern, dass der Virus sich weiter ausbreitet. Inzwischen wurde die Produktion wieder aufgenommen. Das Wachstum dürfte trotzdem von sechs Prozent (2019) auf null Prozent (2020) sinken.

Nationaler Egoismus statt internationaler Solidarität

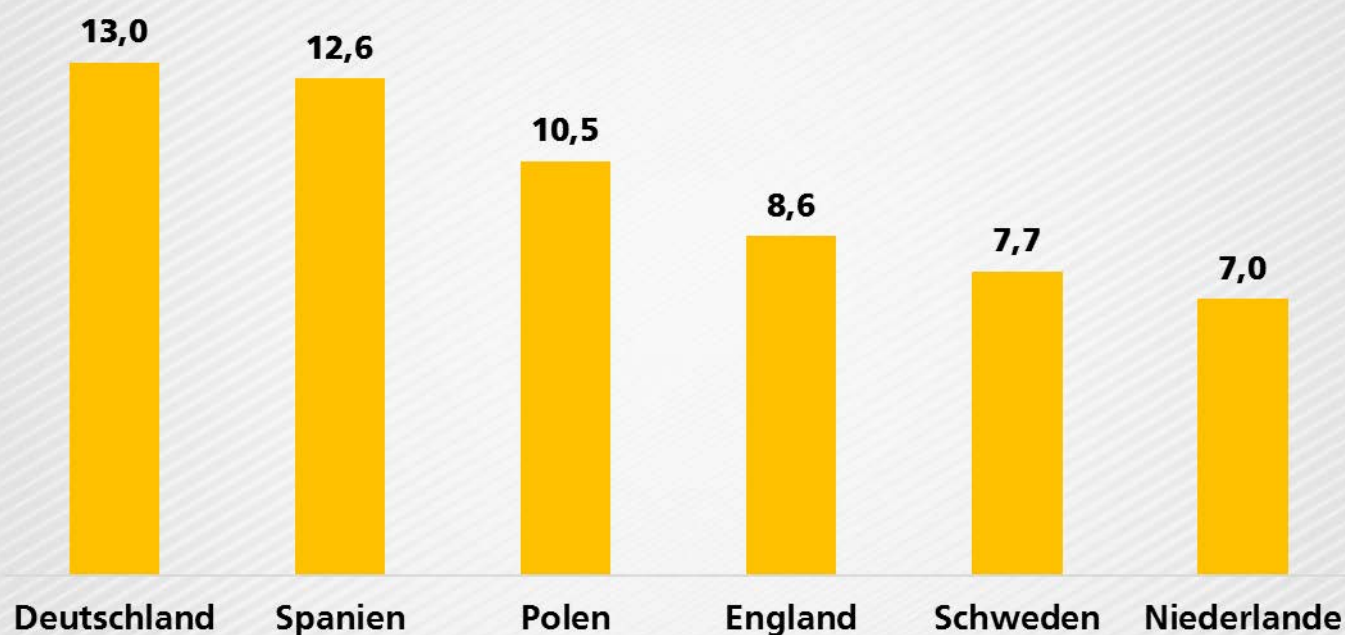
Der Virus kennt keine Grenzen. Deswegen muss er international bekämpft werden. Die Europäische Union und die führenden Industriestaaten (G20) versagten aber zunächst beim globalen Krisenmanagement. In der Krise ist sich jeder selbst der nächste. Brüssel war, wie schon in der Finanzmarktkrise 2008 und in der so genannten Flüchtlingskrise 2015, unfähig, sich auf eine gemeinsame Antikrisenpolitik zu einigen. Zwar setzte die Europäische Kommission die Schuldenregeln außer Kraft und erhöhte dadurch den finanzpolitischen Spielraum der Nationalstaaten. Die EU-Mitgliedsstaaten stimmten aber ihre Schutzmaßnah-

men nicht miteinander ab. Und statt länderübergreifend Solidarität zu zeigen, verboten die Nationalstaaten die Ausfuhr von Masken, Schutzanzügen und medizinischen Gütern. Solidarität wurde nur national, nicht international großgeschrieben. Italien erhielt die ersten Hilfsgüter und personelle Unterstützung durch ausländische Ärzte- und Pflegeteams aus China, Russland und Kuba. Ein Armutszeugnis für Europa!

Somit musste die Europäische Zentralbank zum wiederholten Male den Retter in letzter Not spielen. EZB-Chefin Christine Lagarde verkündete ein 750-Milliarden-Euro-Aufkaufprogramm für Anleihen von Staaten und Großunternehmen und hilft damit den Euroländern, ihre Abwehrmaßnahmen gegen die Krise durch niedrig verzinsten Staatspapiere zu finanzieren.

PatientInnen pro examinierter Pflege-Fachkraft

Ländervergleich



Inzwischen schnürten jedoch die europäischen Finanzminister ein 500 Milliarden schweres Hilfspaket. Dieses besteht aus Kreditlinien des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), Krediten der Europäischen Investitionsbank und Finanzhilfen für Kurzarbeit. Dadurch werden Italien und Spanien finanziell stark entlastet. Darüber hinaus soll ein Wiederaufbau-Fonds den Krisenländern helfen, ihre Wirtschaft wieder flott zu kriegen. Auf Details konnten sich die EU-Staatschefs jedoch nicht einigen.

Die Einführung von Coronabonds wurde von der deutschen Kanzlerin nicht unterstützt. Damit wurde eine große historische Chance verpasst, die europäische Integration in der Krise weiter voranzubringen.

Die südliche Erdhalbkugel und große Teile Asiens sind besonders auf die Hilfe der internationalen Gemeinschaft angewiesen. In Afrika, Lateinamerika und Südostasien droht eine humanitäre Katastrophe. In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern wurde das Gesundheitssystem auf Druck des IWF privatisiert und funktioniert heute nur noch für die nationalen Eliten. Breite Bevölkerungsschichten haben keinen Zugang zu sauberem Wasser und die beengten Lebensverhältnisse in den Slums der Metropolen erlauben keine soziale Distanzierung. Zudem trifft diese Länder der Kollaps der Weltwirtschaft besonders hart. Fallende Rohstoffpreise und sinkende Rücküberweisungen der Migrantinnen und Migranten in ihre Heimatländer rauben diesen Nationen die Einnahmen. Es drohen neue internationale Finanzkrisen. Gleichzeitig steigen die Lebensmittelpreise in Regionen, wo die heimische Bevölkerung nicht mit eigenen Nahrungsmitteln versorgt werden kann. Ein teuflischer Cocktail für staatliche Repression, Aufstände und Bürgerkriege.

Deutschland im Shutdown

Im letzten Jahr lief der deutsche Konjunkturmotor nicht rund. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nahm nur um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Ab dem zweiten Quartal – Anfang April bis Ende Juni – ließ die wirtschaftliche Dynamik deutlich nach, was weitgehend auf schwächere Exporte zurückzuführen war. Vor dem Hintergrund der schwachen Ausfuhren erwies sich der private Konsum erneut als wichtige Stütze der Konjunktur: Eine noch immer zufriedenstellende Beschäftigungsentwicklung sowie ein Anstieg der effektiven Stundenlöhne um 3,2 Prozent sorgten für eine kräftig steigende Nachfrage. Auch der Staatskonsum nahm zu und stützte so die wirtschaftliche Entwicklung. Dynamisch entwickelten sich erneut auch die Wohnungsbauinvestitionen. Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen, die sich in den Vorjahren noch recht gut entwickelt hatten, konnten diesen Trend hingegen nicht fortschreiben.

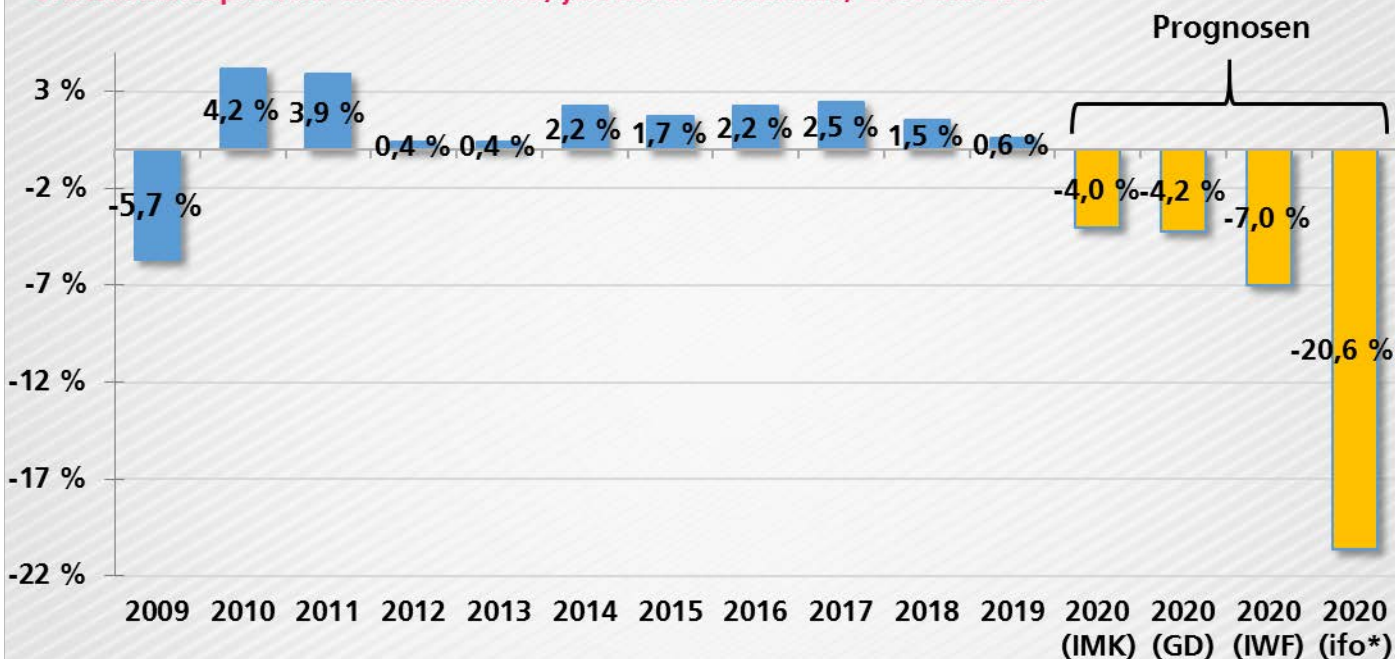
Dieses Jahr wird sich das ohnehin schwache Wachstum des letzten Jahres nicht fortsetzen.

» **Das Wachstum in Deutschland wird sich nicht fortsetzen.**

Bund, Länder und Kommunen haben mit gesundheitspolitischen Maßnahmen und Vorgaben zur Bekämpfung des Corona-Virus den sozialen Konsum, der auf der persönlichen Begegnung von Menschen basiert, weitgehend unterbunden. Auch zahlreiche Geschäfte des Einzelhandels, die nicht zur Grundversorgung gehören, mussten schließen.

Corona lässt die Konjunktur abstürzen

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland, jährliches Wachstum, 2009 bis 2020



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: Statistisches Bundesamt, Prognosen der genannten Institute. * Bei ifo-Prognose pessimistischstes Szenario.

Menschen sollten sich vorwiegend zuhause aufhalten, um persönliche Kontakte und damit Ansteckungsmöglichkeiten zu vermeiden („Shutdown“). Diese Maßnahmen führen automatisch zu einem Einbruch der Nachfrage – es entfallen schlicht viele Gelegenheiten, Geld auszugeben. Zugleich musste vielerorts die Produktion von Waren und Dienstleistungen zurückgefahren oder gestoppt werden, sei es wegen fehlender Zulieferungen, sei es wegen des Ausfalls eigenen Personals oder wegen Absatzschwierigkeiten. Von der Krise betroffen sind die exportorientierte Automobil-, Chemie- und Pharmaindustrie sowie der Maschinenbau, denen Zulieferer wie auch Absatzmärkte weggebrochen sind. Dies sind in weiten Teilen jene Branchen, die schon in den Jahren 2018/2019 Schwierigkeiten hatten. Besonders betroffen sind diesmal aber auch der Einzelhandel,

der Tourismus, der gesamte Kulturbereich, der Verkehr und die Gastronomie.

Die Bundesregierung hat auf die Krise schnell und umfassend reagiert. Mit einem Schutzschirm für Unternehmen und Beschäftigte sollen Unternehmenspleiten verhindert, Arbeitsplätze gesichert und hohe Einkommensverluste verhindert werden. Trotz dieser weitreichenden und überwiegend sinnvollen Maßnahmen ist mit einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit zu rechnen. Schon vor der Corona-Krise fielen die Wachstumsprognosen der Institute verhalten aus. Die weitreichenden Einschränkungen wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten würgen aber die Wirtschaftstätigkeit noch weitergehend ab. Unternehmensinsolvenzen und der Abbau von Arbeitsplätzen dürften die Situation noch verschärfen.

Die Institute der Gemeinschaftsdiagnose rechnen für 2020 mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um 4,2 Prozent. Die bisher vorliegenden Prognosen und Schätzungen anderer Institute haben, abhängig von der unterstellten Dauer des Shutdowns, eine Spannweite von -0,1 Prozent bis über 20 Prozent. Alle Prognosen sind allerdings mit großen Unsicherheiten behaftet, denn es gilt: Je länger die Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus anhalten müssen, desto gravierender werden die wirtschaftlichen Folgen sein. Das ifo-Institut geht davon aus, dass eine einzige Woche Shutdown volkswirtschaftliche Kosten von 25 bis 57 Mrd. Euro und einen Rückgang des Jahres-Bruttoinlandsprodukts zwischen 0,7 und 1,6 Prozentpunkten verursacht. Selbst die pessimistischsten Schätzungen könnten sich bei einer längeren Dauer der Pandemie daher noch als zu optimistisch herausstellen. Neben der Dauer der Maßnahmen ist für die wirtschaftliche Entwicklung zudem entscheidend, wie rasch die Konjunktur nach dem Ende der Pandemie wieder anspringt, wie stark sich diese weltwirtschaftlich auswirkt und wie anhaltend dies die Lieferketten und Absatzmärkte der deutschen Industrie beeinträchtigt.

» **Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsprognosen sind momentan schwierig.**

Arbeitsmarkt im Krisenmodus

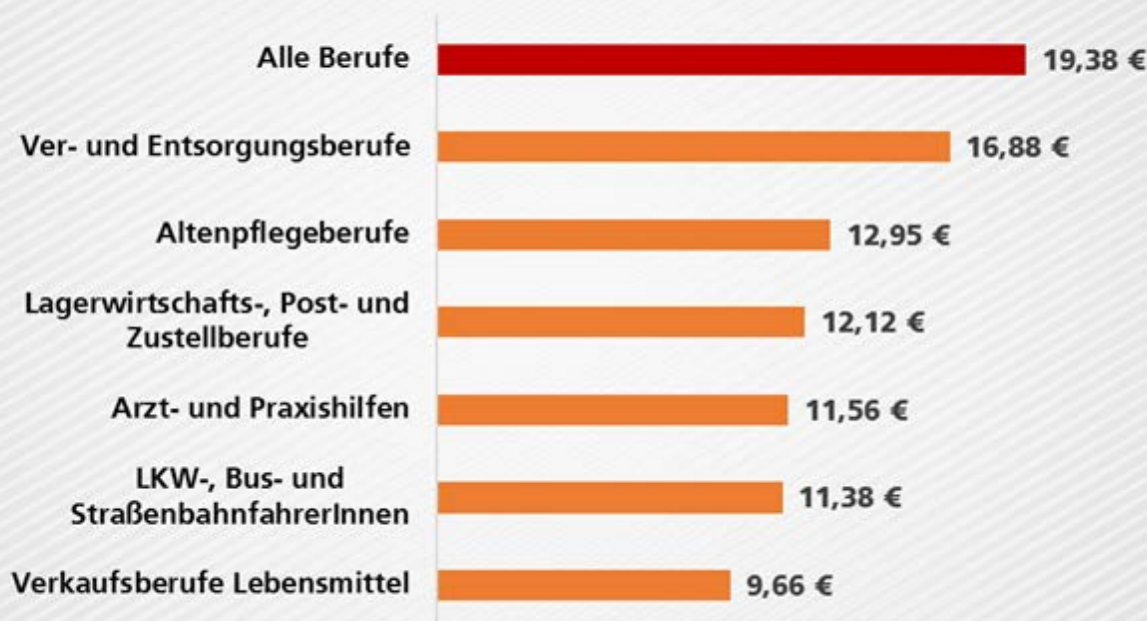
Letztes Jahr entwickelte sich der Arbeitsmarkt, trotz konjunktureller Eintrübung, weiter positiv. Die Zahl der Arbeitslosen sank um 70.000 Menschen auf 2,27 Mio. Dies entsprach einem Rückgang der Arbeitslosenquote von 5,2 auf 5,0 Prozent. Besonders in den Wirtschaftszweigen Information/Kommunikation, im öffentlichen Dienst sowie im Gesundheitswesen war ein starker Beschäftigungsanstieg zu verbuchen. In der Industrie war die Beschäftigung hingegen leicht rückläufig.

Die Wachstumsschwäche veranlasste einige Unternehmen, insbesondere in der exportorientierten Industrie, bereits im ersten Halbjahr 2019 Kurzarbeit zu beantragen. Durch die Corona-Krise hat die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter kräftig zugenommen. Fast eine halbe Mio. Unternehmen haben alleine im März bereits Kurzarbeit beantragt, dies ist ein neuer historischer Höchstwert. Die Bundesregierung erwartet absehbar zwei Mio. Personen in Kurzarbeit, andere Schätzungen sprechen von über sechs Mio. Menschen, die im Laufe des Jahres davon betroffen sein könnten. Auch dies wären historische Höchstwerte.

Die Schätzungen der Institute zur Entwicklung des Arbeitsmarktes im laufenden Jahr gehen weit auseinander. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass sich momentan weder Wirtschafts- noch Arbeitsmarktdaten halbwegs verlässlich prognostizieren lassen. Sollten die Maßnahmen der Bundesregierung aber greifen und Unternehmen in hohem Umfang Kurzarbeit nutzen sowie Guthaben auf Arbeitszeitkonten abbauen, so könnten

Viele in der Corona-Krise unverzichtbare Berufe werden nur unterdurchschnittlich bezahlt

ver.di



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: DIW Berlin; Durchschnitt des Bruttostundenverdienstes.

sich die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt durchaus in Grenzen halten. Dass die genannten Maßnahmen und Instrumente helfen können, Arbeitsplätze zu erhalten, hat nicht zuletzt die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 gezeigt. Sollten die Maßnahmen aber nicht wirken, etwa weil die Krise zu lange anhält, so dürften die Arbeitslosenzahlen ansteigen. Das Ifo-Institut hält – je nach Dauer des Shutdowns – einen Verlust von 160.000 bis 1,8 Mio. sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für möglich. In der Gemeinschaftsdiagnose gehen die Institute von einem leichten Anstieg der Zahl der Arbeitslosen um 236.000 Personen und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 5,5 Prozent aus. Der größte Teil der Anpassung werde über eine Reduzierung der Arbeitsstunden je erwerbstätiger Person erfolgen – insbesondere in Form der Kurzarbeit.

Öffentliche Haushalte: Rettungsprogramme und Einnahmeausfälle

Im Jahr 2019 haben die öffentlichen Haushalte erneut große Überschüsse erzielt. Dies war die Folge einer gesamtwirtschaftlich weiterhin steigenden Beschäftigung, steigenden Löhnen, sinkenden Zinsausgaben und des Verzichts auf größere Steuerensenkungen. Dadurch wuchsen Steuereinnahmen um drei und die Sozialbeitragseinnahmen um 4,4 Prozent, die Einnahmen insgesamt um 3,6 Prozent. Die Ausgaben stiegen etwas stärker, um 4,6 Prozent, weswegen der Überschuss gegenüber dem Vorjahr sank. Er betrug aber immer noch sehr hohe 50 Milliarden Euro, das sind 1,5 Prozent des

Bruttoinlandsprodukts.

Dabei betrogen die Überschüsse des Bundes 20, die der Länder zusammen 14, die der Gemeinden sechs und die der Sozialversicherungen zehn Milliarden Euro. Viele Kommunen, vor allem Städte mit hoher Arbeitslosigkeit und Armut im Ruhrgebiet und anderen vom Strukturwandel betroffenen Regionen, schreiben aber rote Zahlen, obwohl sie in den vergangenen Jahrzehnten ihre Leistungen schon massiv gekürzt haben. Auch die Finanzlage der Länder ist sehr unterschiedlich. Und grundsätzlich gilt, dass in Folge der „Sparpolitik“ der vergangenen zwei Jahrzehnte die öffentliche Infrastruktur in vielen Bereichen dringend erneuerungsbedürftig ist und in Bildung und Erziehung, bei sozialen Dienstleistungen und in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes erheblicher Personalmangel herrscht. Das Dogma der „schwarzen Null“ und die „Schuldenbremse“ waren schon bisher alles andere als gut für die soziale Entwicklung und die Zukunftsgestaltung des Landes.

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie letztlich lebensgefährlich für viele Menschen die einseitige Ausrichtung des Gesundheitswesens an Kosteneffizienz und Profiten ist. Die durch die Corona-Pandemie ausgelöste tiefe Wirtschaftskrise wird die Finanzlage vieler öffentlichen Haushalte auf den Kopf stellen. Die bisherigen Steuerschätzungen, Haushaltspläne und Finanzpläne sind Makulatur. Die „schwarze Null“ ist Geschichte. Zum Glück haben auch die Regierungen und die sie tragenden Parteien die Notwendigkeit eines radikalen Gegensteuerns erkannt. Bisher hatten sie die gewerk-

» Die Bundesregierung startete enorme Hilfspakete.

schaftliche Kritik an der schwarzen Null immer zurückgewiesen.

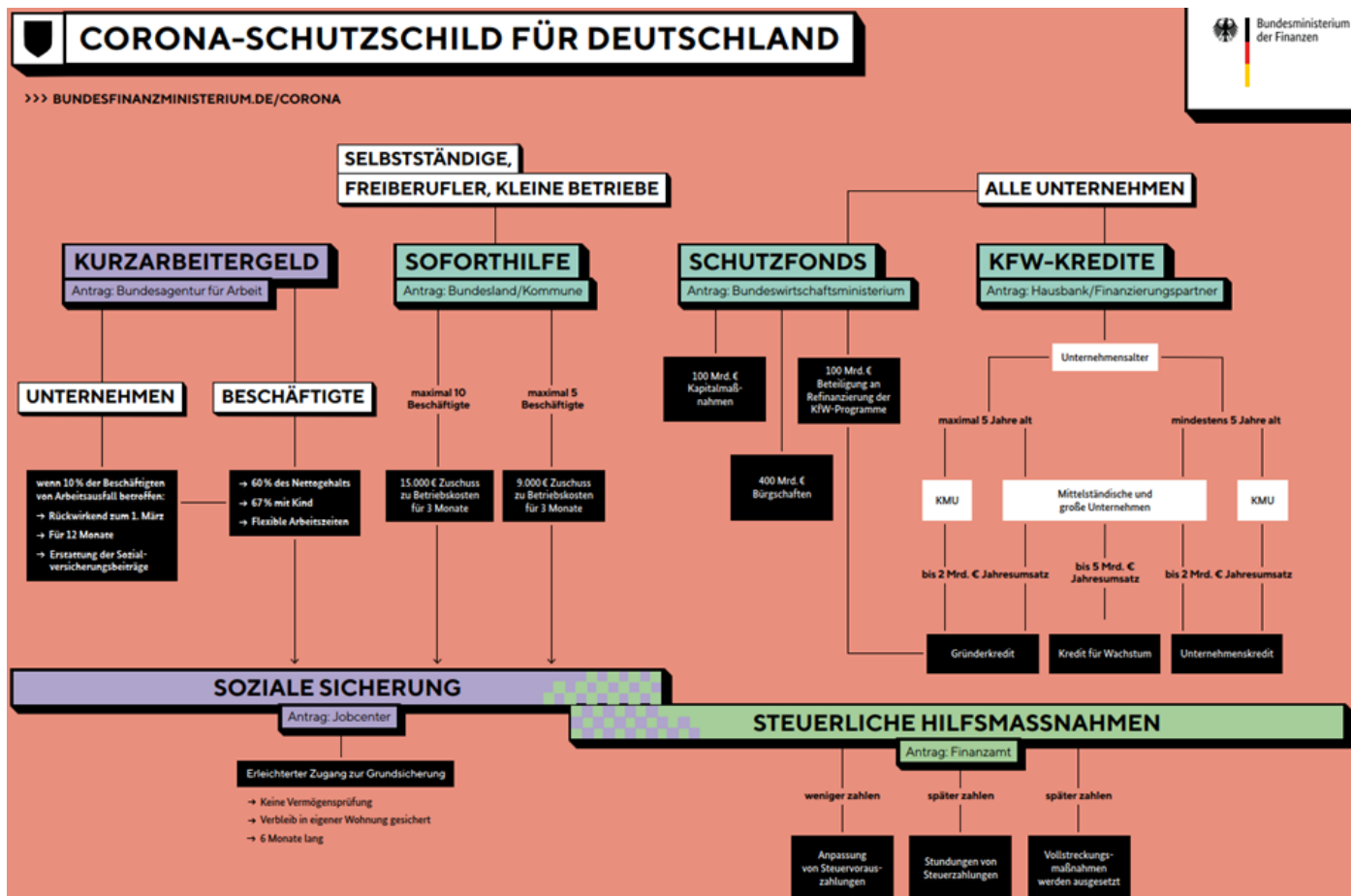
Der Bundestag hat auf Antrag der Bundesregierung Hilfspakete für die von der Corona-Krise betroffenen Unternehmen, Selbstständigen, Beschäftigten, Mieterinnen und Mieter sowie das Gesundheitswesen beschlossen, deren finanzielle Dimensionen alles bisher da gewesene übersteigen:

- Unternehmen können Kurzarbeitergeld nun bereits beantragen, wenn mindestens 10 Prozent der Beschäftigten vom Ausfall betroffen sind. Auch für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter kann Kurzarbeit beantragt werden. Den Arbeitgebern werden die Sozialversicherungsbeiträge, die sie sonst bei Kurzarbeit zahlen müssen, in voller Höhe erstattet.
- Ein Rettungsschirm für Großunternehmen, der „Wirtschaftsstabilisierungsfonds“, soll mit 400 Milliarden Euro Garantien für Schuldtitel und Verbindlichkeiten von Unternehmen übernehmen. Zusätzliche 100 Milliarden Euro sind für mögliche staatliche Kapitalbeteiligungen an Unternehmen eingeplant. Damit soll auch verhindert werden, dass wichtige deutsche Unternehmen zu Spottpreisen von großen internationalen Finanzfonds und Konzernen übernommen werden. Weitere 100 Milliarden Euro stehen für die Refinanzierung bereits beschlossener KfW-Programme zur Verfügung.
- Durch die Corona-Krise in ihrer Existenz bedrohte Solo-Selbstständige und FreiberuflerInnen sowie KleinunternehmerInnen sollen mit bis zu 50 Milliarden Euro gestützt werden. Hier geht es nicht um Kredite, sondern um Zuschüsse, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Einzelpersonen und Firmen mit bis zu fünf Beschäftigten sollen 9.000 Euro bekommen, Firmen mit bis zu zehn Vollzeitbeschäftigten bis zu 15.000 Euro.

- Im Rahmen eines Sozialschutzpakets sollen bei Anträgen auf Hartz IV die Vermögen und die Angemessenheit der Höhe der Wohnungsmiete für ein halbes Jahr nicht mehr geprüft werden, um insbesondere kleinen Selbstständigen den Zugang zu ermöglichen. Die Bundesmittel für das Arbeitslosengeld II sowie für die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und die Grundsicherung im Alter werden um rund acht Milliarden Euro aufgestockt.
- Die bundeseigene KfW-Bank startete ein Sonderprogramm, mit dem Kredite an Unternehmen jeder Größe verbilligt und die Kreditrisiken weitgehend übernommen werden sollen. Der staatliche Garantierahmen für die KfW wird um fast 360 auf dann 820 Milliarden Euro angehoben.
- Unmittelbar vom Corona-Virus betroffene

Unternehmen können zudem eine Stundung von Steuerschulden in Anspruch nehmen sowie Steuervorauszahlungen nach unten anpassen, und auf Vollstreckungsmaßnahmen wird bis Ende 2020 verzichtet.

- VermieterInnen sollen ihren MieterInnen nicht mehr kündigen dürfen, wenn diese wegen der Corona-Krise vorübergehend ihre Miete nicht zahlen können. Für Verbraucherkredite wird die Möglichkeit einer krisenbedingten Stundung eingeführt.
- Das Insolvenzrecht wird gelockert, um die Weiterführung von krisenbetroffenen Unternehmen zu erleichtern.
- Die Krankenhäuser sollen mit zusätzlichen Mitteln von rund 7,8 Milliarden Euro unterstützt



werden, insbesondere bei der Einrichtung zusätzlicher Intensivbetten. Der Schutzschirm für Krankenhäuser ist wichtig, damit die Bewältigung der Coronakrise nicht zu einem wirtschaftlichen Risiko wird. Doch leider bleibt es bei der Gesundheitsbürokratie des Fallpauschalen-Systems. Besser wären nachvollziehbare und einfach handhabbare pauschale Lösungen gewesen. Das Fallpauschalen-System muss ausgesetzt werden, für eine solche Krisensituation ist es viel zu komplex. Zudem ist völlig offen, ob die Maßnahmen des Schutzschirms ausreichen.

- Für weitere Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und Gesundheitsvorsorge stehen bis zu 58,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

Insgesamt umfasst allein der „Corona-Schutzschild“ laut Finanzminister Olaf Scholz 750 Milliarden Euro, das Gesamtvolumen der Hilfsprogramme 1,2 Billionen Euro. Dazu kommen Hilfsprogramme der Länder in einem Gesamtvolumen von etwa 90 Milliarden Euro, und weitere Programme von Kommunen. Das Kurzarbeitergeld wird aus Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit finanziert, die Maßnahmen im Gesundheitswesen zum Teil aus Mitteln des Gesundheitsfonds bzw. der Krankenkassen und auch der Pflegeversicherung.

Zur Finanzierung hat der Bundestag einen Nachtragshaushalt beschlossen. Er sieht um 123 Milliarden Euro erhöhte Ausgaben vor, das ist ein Plus von 34 Prozent. Die dicksten zusätzlichen Posten sind die 50 Milliarden Euro für kleine Unternehmen und Soloselbstständige sowie die Risikoversorge fürs Gesundheitswesen. Knapp acht Milliarden Euro sind zusätzlich für Arbeit und Soziales eingeplant, vor allem Grundsicherungsleistungen. Die Kreditabsicherungen schlagen sich nur zum kleineren Teil im Haushalt nieder. Gleichzeitig werden um 34 Milliarden Euro, das sind gut

zehn Prozent, verminderte Steuereinnahmen einkalkuliert.

Die Lücke soll durch frische Kredite in Höhe von 156 Milliarden Euro ausgeglichen werden, das wären etwa fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts und 100 Milliarden Euro mehr als die Schuldengrenze zulässt. Dazu wird die Ausnahmeregelung für außergewöhnliche Notlagen in Anspruch genommen. Die neu aufgenommenen Kredite sollen ab dem Jahr 2023 über 20 Jahre wieder getilgt werden, das wären fünf Milliarden Euro jährlich.

Die beschlossenen Maßnahmen sind aus Sicht von ver.di grundsätzlich notwendig und geeignet, um den Folgen der Krise entgegenzuwirken. Dies gilt insbesondere für Unternehmenspleiten mit

» Die Maßnahmen der Bundesregierung sind überwiegend sinnvoll.

massiven Arbeitsplatzverlusten sowie für massenhafte

Einkommensverluste von Beschäftigten. Zugleich ist Kritik im Einzelnen geboten. Insbesondere kritisieren wir, dass zwar die Unternehmen bei der Kurzarbeit komplett von ihren Lohnkosten entlastet werden, die Beschäftigten aber auf Lohnanteile verzichten müssen. Die Unternehmen bekommen die Sozialversicherungsbeiträge zu 100 Prozent erstattet, während die Beschäftigten nur 60 Prozent bzw. mit Kindern 67 Prozent ihres Nettolohns ersetzt bekommen, von Zuschlägen ganz abgesehen. Dadurch werden sehr viele Beschäftigte dazu gezwungen, aufstockendes Hartz IV beantragen zu müssen. ver.di fordert daher von den Arbeitgebern, dass das Kurzarbeitergeld durch Tarifverträge auf 90 Prozent des Nettoentgelts aufgestockt wird. Zudem fordern die Gewerkschaften eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und des Insolvenzausfallgeldes. Ferner lehnen wir die vorgesehene Notverordnung zur Aussetzung des Arbeitszeitgesetzes ab.

Auch die Maßnahmen im Gesundheitswesen reichen nicht aus.

Des Weiteren sind die Hilfen für besonders einkommensschwache Menschen nicht ausreichend. Der Paritätische Wohlfahrtsverband weist darauf hin, für Menschen, die Hartz IV oder Grundsicherung im Alter beziehen, sei es dramatisch, dass jetzt Angebote etwa der Tafeln wegfielen. Um Menschen vor existenziellen Krisen zu bewahren, brauche es sofort einen Zuschlag von 100 Euro pro Monat auf die derzeit viel zu niedrigen Regelsätze. Darüber hinaus fordert der Verband eine sofortige Einmalzahlung für Grundsicherungsbeziehende in Höhe von 200 Euro für krisenbedingte Mehraufwendungen wie etwa für Medikamente. Auch viele Studierende sowie Rentnerinnen und Rentner, deren Nebenjobs wegfallen, haben große Probleme. Wer einen Minijob hat, kann grundsätzlich kein Kurzarbeitergeld bekommen.

Wenn die zur Eindämmung des Corona-Virus verhängten Beschränkungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens länger als einige Wochen anhalten sollten, wonach es im Moment aussieht, wer-

» Die öffentlichen Haushalte werden zunehmend belastet.

den diese bisher vorgesehenen Hilfsmaßnahmen voraussichtlich nicht reichen. Dafür spricht auch der Ansturm auf die Förderprogramme, der unmittelbar nach ihrer Verkündung eingesetzt hat. Die krisenbedingten Produktions- und Einkommensausfälle werden zu größeren Steuerausfällen führen. Diese fallen umso größer aus, je umfassender die Einschränkungen sind und je länger sie dauern. Die steigende Arbeitslosigkeit wird zu höheren Arbeitslosengeldzahlungen führen. Auch in den kommenden Jahren werden die öffentlichen

Haushalte dadurch belastet werden.

Nicht nur der Bund, auch die Länder und besonders stark die Kreise, Städte und Gemeinden werden durch die Corona-Krise und ihre Folgen finanziell betroffen sein. Vor allem haben sie Ausfälle bei den Gewerbesteuereinnahmen, der wichtigsten Kommunalsteuer, zu erwarten, weil die Unternehmen krisenbedingt die Zahlungen reduzieren werden. Aber auch die Einnahmen aus der Umsatzsteuer und der Einkommensteuer sowie aus kommunalen Dienstleistungen werden stark sinken. Die Ausgaben bleiben dagegen weitgehend erhalten und werden für Wohnkosten bei Arbeitslosengeld II sogar steigen.

Im Unterschied zum Bund können die Kommunen aber nicht so einfach eine außergewöhnliche Kreditaufnahme beschließen, sondern müssen nach geltendem Recht ihre Haushalte ausgleichen. Das wird für einen Großteil der Kommunen nicht möglich sein, sie würden so zu einschneidenden Ausgabenkürzungen gezwungen. Das muss verhindert werden, aus sozialen Gründen und weil es die Wirtschaftskrise verlängern und vertiefen würde. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, auch für die Kommunen einen Rettungsschirm aufzuspannen.

Krise solidarisch überwinden

Wie lange wird der Stillstand des öffentlichen Lebens noch andauern? Maßgebend ist der weitere Verlauf der Corona-Pandemie. Erst wenn die gesundheitlichen Risiken geringer geworden sind, kann die Kontaktsperre gelockert und die Wirtschaft wieder hochgefahren werden.

Währenddessen rettet die Bundesregierung Unternehmen und stabilisiert die Einkommen. Geld spielt dabei keine Rolle. Das ist gut so! Die höheren Staatsausgaben begrenzen gemeinsam mit der lockeren EZB-Geldpolitik die wirtschaftlichen Folgeschäden der Krise. Darüber hinaus sollte die Große Koalition jetzt ein umfangreiches Konjunktur- und Investitionsprogramm ankündigen, um nach Überwindung der Gesundheitskrise die wirtschaftliche Erholung zu beschleunigen. Der Konsum sollte dann durch eine Kindergeldsonderzahlung, Konsumschecks für untere und mittlere Einkommen und/oder höhere Hartz-IV-Sätze angekurbelt werden. Steuersenkungen sind aufgrund ihrer ungerechten Verteilungswirkungen und Ineffizienzen dafür ungeeignet. Die zusätzlichen öffentlichen Investitionen sollten in Bildung, in Gesundheit und Pflege, in den Wohnungsbau und in den ökologischen Umbau des Verkehrs und der Wirtschaft fließen.

Eine entschlossene Antikrisenpolitik brauchen wir aber auch in Europa. Corona kennt keine Grenzen. Mit einem europäischen Marshallplan, einer europäischen Investitionsoffensive, können die wirtschaftlichen Schäden der Coronakrise gemeinschaftlich beseitigt werden. Italien und Spanien sind aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage. Die Einführung von Coronabonds wäre ein klares Signal für ein solidarisches Europa.

Die Gewerkschaften versuchen in der Krise, trotz Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und geringer Tarifbindung die Lohnentwicklung zu stabilisieren. Das ist wirtschaftlich sinnvoll. Der Verzicht auf Lohnerhöhungen würde nur zu noch weniger realer Nachfrage führen und so die wirtschaftliche Krise verschärfen. Lohnzurückhaltung würde auch die notwendige wirtschaftliche Erholung abbremsen. Die zur Lohnfindung häufig angewandte Lohnformel, der zufolge die Löhne idealerweise

mindestens so stark steigen sollen wie die Summe aus Geldentwertung und gesamtwirtschaftlichem Arbeitsproduktivitätswachstum, ist in Krisenzeiten problematisch: Die Krise lässt die Arbeitsproduktivität – Bruttoinlandsprodukt geteilt durch die Zahl der Arbeitsstunden – stark sinken, was anschließend mit einem entsprechend steilen Anstieg wieder ausgeglichen wird. Zudem kann der Einbruch von Angebot und Nachfrage kurzfristige Auswirkungen auf die Preise haben. Diese starken

» Für Lohnzurückhaltung gibt es keinen Grund.

kurzfristigen Ausschläge sollten in der Lohnfindung nicht berücksichtigt

werden. Vielmehr empfiehlt sich eine Orientierung an der langfristigen Entwicklung von Inflation und Arbeitsproduktivität. Die positive Lohnentwicklung vor der Krise sollte also fortgesetzt werden. Die Gewerkschaften werden versuchen möglichst hohe Tariflohnsteigerungen durchzusetzen.

Nach Corona muss besonders die Pflege endlich aufgewertet werden. Vom Lob der Kanzlerin und dem Beifall der Bevölkerung können sich die Pflegekräfte nichts kaufen. Stattdessen brauchen wir eine breite gesellschaftliche Mobilisierung für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen. Hier ist neben den Gewerkschaften auch die Politik gefordert. Die Bundesregierung muss kräftige Gehaltszuwächse bei den Altenpflegerinnen und Altenpflegern vollständig refinanzieren. Zudem muss Berlin für eine gesetzliche Personalbemessung sorgen, um die Überlastung des Krankenpflegepersonals zu stoppen. Ferner muss der Investitionsstau der Krankenhäuser aufgelöst werden.

Auch in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge ist eine Aufwertung überfällig. Die krisenbedingt gestiegene Wertschätzung für die Beschäftigten des Nah- und Fernverkehrs, der Müllentsorgung, der Feuerwehr, der Wasserwerke und des Einzelhandels muss zu höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen führen. Dafür brauchen die Gewerkschaften mehr Mitglieder, um tarifpolitisch in die Offensive gehen zu können. Im Einzel- und Versandhandel kann aber auch die Politik durch eine politische Stärkung der Tarifbindung – allgemeinverbindlicher Tarifvertrag – und eine Zurückdrängung prekärer Beschäftigung – insbesondere Minijobs – die Verhandlungsmacht der Beschäftigten stärken.

Nach der Corona-Pandemie werden die öffentlichen Kassen leerer und die Staatsschulden höher sein. Dann steht die Republik vor schweren gesellschaftlichen Verteilungskonflikten. Wer soll die Rechnung für den milliardenschweren Rettungseinsatz bezahlen? Und wie sollen wir mit der höheren Staatsverschuldung politisch umgehen?

Nach der letzten Finanzmarktkrise gelang es der Wirtschaftselite und konservativ-liberalen Medien, die Bankenkrise in eine Staatsschuldenkrise umzudeuten. Mit Schuldenbremse und Europäischem Fiskalpakt wurden den Kassenwarten Fesseln angelegt. Dadurch konnte der Sozialstaat an die kurze Leine genommen werden. Die Vorfahrt für die Haushaltskonsolidierung ging zu Lasten der Zukunftsinvestitionen. Die Zeche bezahlen am Ende die abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten.

Diesmal darf sich Geschichte nicht wiederholen. Schließlich bleiben die gewaltigen Aufgaben des sozial-ökologischen Umbaus unvermindert aktuell und dringlich. Es gibt weiterhin einen großen kommunalen Investitionsstau und riesige unge-

deckte Bedarfe im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Pflege, im Wohnungsbau und beim ökologischen Umbau des Verkehrs und der Wirtschaft. In öffentlichen und sozialen Dienstleistungen fehlen viele hunderte-tausende Beschäftigte und die Gehälter müssen angehoben werden. Auch die Stärkung und Zukunftsfähigkeit des Sozialstaats erfordert zusätzliche Anstrengungen. Das alles darf nicht durch die Krise unter die Räder geraten!

» Nach wie vor bestehen enorme Investitionsstaus und ungedeckte Bedarfe.

Nach der Krise dürfen die Finanzminister nicht den Rotstift bei den Staatsausgaben ansetzen, um Schulden zu tilgen. Steuersenkungen für Einkommensstarke und Unternehmen sind ebenfalls tabu, da sie nur die Staatskassen leeren. Ein schneller konjunkturblinder Schuldenabbau würde die wirtschaftliche Entwicklung schwächen und so nur zu noch mehr Schulden führen. Eine Politik der schwarzen Null wäre nach der Krise genauso schädlich wie ein krampfhaftes Festhalten an der Schuldenbremse. Da die Zinsen auch in den nächsten Jahren sehr niedrig bleiben werden, gibt es keinen Handlungsdruck. Durch eine gute Wirtschaftsentwicklung sinkt vielmehr die Schuldenbelastung von selbst. Wir müssen aus den Schulden herauswachsen.

Zudem steht dem öffentlichen Schuldenberg ein gigantisches privates Vermögen gegenüber. Das Nettovermögen beläuft sich hierzulande auf fast 14 Billionen Euro, davon sind über sechs Billionen Geldvermögen. Das reichste ein Prozent besitzt ein Drittel davon, das reichste Zehntel etwa zwei Drittel. Wenn nach der Krise der Sozialstaat nicht schrumpfen und der sozial-ökologische Umbau nicht eingestellt werden soll, dann muss die

Verteilungsfrage gestellt werden. Ein guter Startpunkt könnte die Forderung nach einer einmaligen Vermögensabgabe sein. Gleichzeitig brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte über eine umverteilende Steuerpolitik (mit einer

reformierten Erbschaftssteuer, einer Vermögenssteuer usw.)

Wohin die Reise nach der Krise geht, ist abhängig von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, welche die Gewerkschaften maßgeblich beeinflussen werden.

Impressum

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin – Ressort 1, Frank Werneke
Bereich Wirtschaftspolitik: Dr. Dierk Hirschel, Ralf Krämer, Dr. Patrick Schreiner, Anita Weber, Felix Schluchter, April 2020.

Kontakt: wirtschaftspolitik@verdi.de